

Anstoß

Neue linke Zeitung für Erfurt · www.die-linke-erfurt.de

DIE LINKE.

Ausgabe 2-2016



Warum eigentlich nicht?

DIE LINKE.

Seiten 3 und 9.

Liebe Erfurterinnen und Erfurter,

unsere Stadt kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Heute ist Erfurt zwar politisches Zentrum Thüringens, aber weit entfernt von der wirtschaftlichen oder kulturellen Bedeutung vergangener Jahrhunderte. Umso verbissener scheinen sich viele an die »glorreiche« Vergangenheit zu klammern. Während einerseits Kulturschaffenden und sozialen Einrichtungen erklärt wird, sie müssten den Gürtel enger schnallen, scheint immer Geld für ein weiteres Prestigeprojekt vorhanden zu sein. Seien es knapp 40 Millionen für das Steigerwaldstadion, rund 90 Millionen für die Bundesgartenschau oder als neueste Prestigeausgabe zweihunderttausend Euro als Nebenschauplatz des evangelischen Kirchentages 2017. Ein Großteil der Kosten wurde mit Fördermitteln von Bund, Land oder Europäischer Union zu bestritten. Trotzdem fließt aus städtischen Kassen eine erhebliche Summe in Projekte, an deren nachhaltigem Nutzen für Erfurt ich erhebliche Zweifel hege.

In der Vergangenheit hat DIE LINKE im Stadtrat Erfurt diesen Projekten trotz der Vorbehalte zugestimmt, um die Kooperation mit SPD und Grünen zu bewahren und so Gestaltungsmöglichkeiten für Soziales und auch Kultur in Erfurt zu bekommen. Je kleiner allerdings der Spielraum für Soziales und Kultur wird, desto geringer ist auch meine persönliche Bereitschaft in Zukunft Prestigeprojekte mitzutragen.

Foto: Hassan Metwally



Der Finanzpolitische Sprecher der LINKEN im Erfurter Stadtrat und Vorsitzende des Finanzausschusses, Dr. Reinhard Duddek.

Haushalt für Erfurt im Dezember

Anstoß: Am 21. September hat der Stadtrat den Haushaltsplan für das Jahr 2016 beschließen. Wann hat Erfurt einen gültigen Haushalt?

Dr. Reinhard Duddek (Finanzpolitischer Sprecher der LINKEN im Erfurter Stadtrat): Nach dem Beschluss benötigt die Verwaltung noch etwa zwei Wochen, um die Änderungen einzuarbeiten. Anschließend muss der Haushalt zur Genehmigung dem Landesverwaltungsamt vorgelegt werden. Dieses benötigt zwischen 6 und 8 Wochen um den Haushalt zu prüfen und das Genehmigungsschreiben zu erstellen, falls es keine Beanstandungen hat. Mit Vorliegen des Schreibens und der Veröffentlichung im Stadtanzeiger wäre der Haushalt gültig. Wir sprechen dann über einen Zeitraum von etwa vier Wochen, die dieser Haushalt Gültigkeit hätte, weil wir ja am 31. Dezember Jahresabschluss haben.

Auch im vergangenen Jahr hatte der Haushaltsplan nur knapp ein halbes Jahr Gültigkeit. Warum gelingt es der Stadtver-

waltung nicht, rechtzeitig einen Haushalt aufzustellen?

Die Verwaltung ist laut Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gehalten dem Stadtrat einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ausgeglichen heißt, dass die Einnahmen gleich den Ausgaben sind. Dies zu erreichen fällt immer schwerer. Die finanziellen Wünsche der einzelnen städtischen Bereiche gehen über die Möglichkeiten hinaus. Die Verwaltung tritt an, dies an die realen Bedingungen anzupassen. Im laufenden Jahr 2016 hat das bis etwa Juli gedauert. Dann war der Haushaltsausgleich gegeben. Auf die konkrete Frage, wann wir den Haushalt für 2017 bekommen, konnte die Finanzdezernentin keine Antwort geben. Sie hat gesagt, dies so schnell wie möglich zu tun. Das hat sie vor einem Jahr aber auch schon gesagt.

Wir sind jetzt gezwungen ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Was ist das?

Wir haben das Jahr 2014 mit einem Defizit von 4,8 Millionen und das

Jahr 2015 mit einem Defizit von 1,3 Millionen abgeschlossen. Und darum sind wir laut ThürKO gehalten ein HSK zu erstellen. Wir müssen Maßnahmen ergreifen um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Erfurt wiederherzustellen. Einige in der Verwaltung wollen immer zuerst bei den sogenannten freiwilligen Leistungen im Kultur-, Jugend- oder Seniorenbereich sparen. Wir sehen das sehr kritisch, weil das zu gravierenden Einschnitten im allgemeinen sozialen Gefüge der Stadt führt.

Was glaubst du ist notwendig um Erfurt wieder finanziell auf sichere Füße zu stellen?

Wir haben ein Einnahmeproblem. Wir generieren, im Verhältnis zu vergleichbaren Städten in den alten Bundesländern 30 Prozent weniger Steuern. Um die Einnahmen zu verbessern hat die Verwaltung erste Vorschläge unterbreitet. Diese beinhalten Verkäufe von Tafelsilber, also Geld, dass man einmalig generieren kann. Aber auch wie man kommunale Unternehmen stärker an der Schließung des Haus-

haltsdefizites beteiligen könnte. Hier wird über (erhöhte) Ausschüttungen von der Sparkasse, KOWO und anderen Unternehmen nachgedacht. Ich bin der Meinung, dass wir hier nochmal gründlich diskutieren sollten. Dann ist auch noch vorgesehen einen teilweisen Kahlschlag im kulturellen Bereich durchzuführen. Das sind Ideen, wo wir LINKEN sagen müssen, das können wir nicht mittragen.

Gehst du davon aus, dass wir durchaus in den Konflikt mit unseren aktuellen Kooperationspartnern von SPD und Grünen kommen werden?

Hier liegt sehr großes Konfliktpotenzial. Es wird nicht einfach, in den kommenden Monaten, über dieses HSK zu diskutieren. Ich denke, hier müssen alle Seiten bereit sein Kompromisse einzugehen.

Mehr zum Erfurter Haushalt auf den Seiten 3 und 5.

Redaktionell gekürzt. Das ganze Interview finden sie hier: www.linksfraktion-erfurt.de

Weltfriedenstag in unfriedlichen Zeiten

77 Jahre nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen und dem Beginn des von Deutschland angefangenen zweiten Weltkrieges wurde auch in diesem Jahr der Weltfriedenstag gefeiert. Das Credo »Nie wieder Krieg« bleibt unverzichtbar, denn der dies-

jährige Gedenktag fällt in eine denkbar unfriedliche Zeit. Dies lässt sich schon am Wandel der Bundeswehr ablesen, die sich von ihrer Rolle als »Verteidigungsarmee« verabschiedet hat und nun weltweit als Interventionsmacht operiert. Allein Anfang diesen Jahres

befanden sich insgesamt 3.000 bewaffnete deutsche Soldatinnen und Soldaten in mehr als zehn Staaten, im Mittelmeer und am Horn von Afrika im Einsatz. Zeitgleich wird an einer stärkeren Rolle der Bundeswehr im Inneren gearbeitet.

Spätestens seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 wird eine Neuausrichtung der Außenpolitik vorangetrieben, weil Deutschland bereit sein müsse, sich früher, entschiedener und substanzieller international zu engagieren.

Fortsetzung auf Seite 2.



Ihr Matthias Bärwolff

Liebe Erfurterinnen und Erfurter,

unübersehbar hebt der deutsche Militarismus wieder sein hässliches Haupt. Immer selbstbewusster und lauter fordern seine Lobbyisten mehr Einfluss. In dem unter Federführung von Ursula von der Leyen verfassten »Bundeswehrweißbuch« heißt es, Deutschland sei als »Impulsgeber« bereit, auch bei Auslandseinsätzen »Führung zu übernehmen«. Das »Weißbuch« sieht nicht nur häufigere Auslandseinsätze und eine Aufrüstung der Bundeswehr vor, es öffnet auch die Tür für Bundeswehreinsätze im Inneren. Nur zehn Tage nach der Veröffentlichung wurde nach dem schrecklichen Attentat in München im Juli eine Feldjäger-Einheit der Bundeswehr in Bereitschaft versetzt. Doch es gab dort keinen inneren Notstand, der einen Einsatz nach dem Grundgesetz gerechtfertigt hätte. Die Bundeswehr aber ignoriert das und plant bereits eine erste Stabsübung zum Einsatz im Inneren noch in diesem Jahr. Schritt für Schritt sollen die gesetzlichen Grenzen, die der Bundeswehr im Inneren aufgrund der Erfahrung des Faschismus gesetzt sind, gelockert werden. Doch es ist nicht nur die drohende Aufweichung des streng reglementierten Einsatzes der Bundeswehr im Inneren. Auch angesichts erweiterter Kompetenzen der Bundeswehr sowie einer Zunahme von Auslandseinsätzen und Rüstungsexporten wird das Festhalten an einer konsequenten Friedenspolitik immer wichtiger. Und damit bleibt unser Grundsatz »Krieg darf kein Mittel der Politik sein« auch weiterhin nicht verhandelbar.



Ihre Martina Renner

Weltfriedenstag – Fortsetzung von Seite 1

Wenn die Streitkräfte beim »Tag der Bundeswehr« mit Panzern auf dem Erfurter Domplatz um Sympathien und Nachwuchs buhlen, stellt sich die Frage: Quo vadis Friedenspolitik? Einen konkreten Eindruck für die kommenden Jahre vermittelt das »Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr«. Die Fortschreibung der letzten Ausgabe aus dem Jahr 2006 wurde im Juli vom Kabinett beschlossen. Es gilt als das »oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands«, für eine »strategische Standort- und Kursbestimmung für die deutsche Sicherheitspolitik« und ist jetzt

offizielle Regierungspolitik. Die aktuelle Ausgabe sieht für die Bundeswehr eine Aufrüstung und häufigere Auslandseinsätze vor. Außerdem soll sie Führungsverantwortung bei UN-Einsätzen übernehmen können. Von der Präambel aus dem Jahr 1970 »Die Bundesregierung betrachtet den Frieden als das höchste Gut« ist im Weißbuch nicht mehr die Rede. Dafür legitimiert es die hohen Ausgaben der Verteidigungsministerin von der Leyen und neue Auslandseinsätze. Der Allgemeinplatz von der »Dynamik unseres Sicherheitsumfeldes«, die zu einem »Anstieg der weltweiten Einsätze der Bundes-

wehr geführt« habe, verschleierte, dass es sich dabei um ganz bewusste Regierungsentscheidungen handelt. Zudem werden in dem Papier Koalitionen der Bundeswehr in »Ad-hoc-Kooperationen« im Ausland mit anderen Streitkräften als möglicher Normalfall bezeichnet. Daneben wachsen die Rüstungsexporte aus Deutschland stetig an. Die von der Bundesregierung genehmigten Kosten für Rüstungsexporte für das vergangene Jahr betragen 7,86 Milliarden Euro und haben sich damit gegenüber 2014 fast verdoppelt. Im ersten Halbjahr 2016 sollen die Ausfuhrzahlen abermals gestiegen sein. Der

deutsche Staat exportiert für bewaffnete Auseinandersetzungen und die Wirtschaft verdient daran, statt im Sinn eines Verbotes aller Rüstungsexporte die entsprechenden Betriebe auf eine zivile Produktion umzustellen. Vielleicht wäre eine Diskussion über eine Führungsverantwortung Deutschlands wirklich sinnvoll, wenn sie nicht mit einer militärischen Logik, sondern als Motor friedlicher Konfliktlösungen geführt würde. Dies entspräche der im Weißbuch aufgeführten »zunehmenden internationalen Verantwortung unseres Landes«.

kb

Frieden ist mehr als Fahnen-schwenken einmal im Jahr



Foto: Dr. Steffen Kachel

Dr Steffen Kachel: Hallo Frau Hinkeldein. Vor drei Monaten standen ein Panzer und etliches sonstiges Kriegsgerät auf dem Erfurter Domplatz. Viele Menschen drängten sich dort und interessierten

sich für das, was die Bundeswehr will und tut. Wie stehen Sie zu dieser Veranstaltung? Ute Hinkeldein: Nun, ich habe mit unserem Erfurter Friedenskreis, mit der Offenen Arbeit des Evangelischen Kirchen-

kreises und insgesamt weiteren 11 Vereinen und Organisationen dort protestiert, weil Grundschulkindern der Umgang mit Waffen erklärt wurde und sie auch im Panzer sitzen durften.

Dass die Stadtverwaltung erlaubt hat, den historischen Domplatz für die Veranstaltung zu nutzen, fand ich besonders schlimm.

Wie lange sind Sie schon an den Friedensfragen dran? An welche friedenspolitischen Erfolge erinnern Sie sich, an welche Niederlagen?

Schon über 25 Jahre bin ich friedensbewegt. Seit dem Golfkrieg am 18. Januar 1991. Dieser Krieg traf damals die Bürger, die nach der Wende auf friedliche und gute Zeiten hofften, wie ein Schlag. Während der ganzen Dauer des Krieges gab es in Erfurt und überall in Deutschland fast täglich Aktionen. Heute ist die Betroffenheit vieler Bürger im Friedenthema weniger spürbar. Besser als damals läuft allerdings die deutsche und internationale Vernetzung.

Frau Hinkeldein, was macht Ihnen aktuell Sorgen?

Sorgen macht mir die Ausgrenzung Russlands in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das führt zu einem neuen Kalten Krieg auf der einen Seite und zu wirtschaftlicher Stagnation in Thüringen andererseits. Zur Zeit gibt es in Thüringen allein deswegen 3.000 Arbeitslose mehr, weil Betriebe, die nicht zuletzt für den Export nach Russland produzierten, ihre Arbeit einstellen mussten. Friedenspolitisch muss in allen politischen Ebenen drin-

gend für Deeskalation gesorgt werden.

In Erfurt konkret müssen wir den Blick des Oberbürgermeisters Andreas Bausewein auf die friedliche Seite der Stadt (historisch wie aktuell) richten. Er ist »Mayors for Peace«, das sollte er auch deutlich zeigen. Fahnen-schwenken einmal im Jahr genügt nicht.

Wo sehen Sie die konkrete Aufgabe für die Friedensbewegung in Erfurt?

Wir müssen Erfurt als Stadt des Friedens stärken. Diese Gewichtung ist gegenüber dem immer mehr militarisierten Erfurt wichtig. Die aktuellste Aufgabe sehe ich jetzt darin, dass wir den Bürgern besser begreiflich machen müssen, dass die Flüchtlinge im Zusammenhang mit den NATO-Kriegen stehen. Die Proteste müssen bei den weiteren Kriegsbegehren ansetzen und nicht bei den Flüchtlingen.

Außerdem arbeitet die Friedensbewegung in Thüringen in-

Zur besseren Darstellung des Anliegens Rüstungskonversionsfonds:

<http://gleft.de/1sx>



haltlich. Ich denke da nur an die Initiative Rüstungskonversionsfonds Jena, wo ich auch beteiligt bin. Hauptziel ist es, Thüringer Unternehmen, die sich von der (teilweisen) Produktion militärischer Güter und Komponenten abwenden wollen, in diesem Anliegen zu befördern. Dazu bedarf es noch mehr Unterstützer und Sponsoren.

Berg im Bund und Löcher in den Kommunen

Foto: Hassan Metwally

Man sagt, ein Haushalt sei in Zahlen gegossene Politik. Nur, dass die Haushalte der Städte und Gemeinden heute immer weniger abbilden, welche Politik vor Ort gemacht wird. Sondern immer mehr, welche Politik die Bundesregierung vortreibt. Die nämlich sorgt mit ihren falschen Entscheidungen dafür, dass die Gegensätze von Reich und Arm immer schärfer werden. Während der städtische Haushalt vom zunehmenden privaten Reichtum nichts hat, muss die Stadt den klammen Bevölkerungsteilen immer stärker unter die Arme greifen. Die Aufwendungen für Wohn-

geldzuschüsse, die Grundsicherung in der Pflege und weitere soziale Pflichtleistungen steigen stetig an. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung ständig neue Aufgaben festlegt, die die Kommunen erledigen und bezahlen müssen. Zum Beispiel wurde in Berlin höhere Eingliederungshilfen für behinderte Menschen festgelegt. Ohne Zweifel gut für die Betroffenen, aber warum gibt die Bundesregierung den Städten und Gemeinden das Geld dafür nicht mit? So ist klar, dass momentan viele kommunale Haushalte in Schieflage geraten.

Auch in Erfurt fressen die Kostenanstiege im sozialen Bereich die verbesserten Einnahmen auf und erzeugen ein immer größer werdendes Loch. Die Folge: Erfurt konnte 2015 mit den Einnahmen die Ausgaben nicht decken. Wenn dies zweimal hintereinander passiert, so die Kommunalgesetzgebung, verlangt das Landesverwaltungsamt als Kontrollbehörde von der Stadt ein sogenanntes Haushaltssicherungskonzept. Dort werden über die nächsten Jahre erhebliche Einsparungen festgelegt, damit die Stadt nicht weiter in die roten Zahlen abdriftet.

DIE LINKE. Erfurt sieht der Haushaltssicherung kämpferisch entgegen und wir fordern den Oberbürgermeister auf, mit uns einig zu sein: Keine Einschnitte in den Bereichen, die für die alltägliche Lebensqualität der Menschen in der Stadt wichtig sind, sondern Schaffung gleicher Lebensbedingungen in allen Stadtteilen. Zuerst müssen das Land Thüringen und seine Städte gemeinsam mit anderen Bundesländern Druck auf die Bundesregierung machen: aus den aktuellen Milliarden zusätzlichen Steuereinnahmen des Bundes muss ein Unterstützungsprogramm für die Kommunen werden! Es darf nicht passieren, dass die Städte ihre Lebensqualität verlieren, Herr Schäuble aber die Milliarden Überschüsse im Bundeshaushalt in Rückstellungen für die Reichen verwandelt.

Wir sind der Meinung, dass Erfurt nicht über seine Verhältnisse lebt und wir die Standards, die wir in den letzten Jahren gemeinsam verteidigt haben, auch weiterhin halten wollen. Sollten wir aber weiter unter Druck geraten, müssen wir bei vielen Projekten kleinere Brötchen backen – und das schließt Multifunktionsarena und BUGA mit ein.

Dr. Steffen Kachel, Vorsitzender DIE LINKE. Erfurt

3. Mitgliederversammlung 2016

Unsere kommende Gesamtmitgliederversammlung (GMV) wird am 19. November stattfinden. Um 9.30 Uhr geht es in der Geschäftsstelle der Erfurter LINKEN, Eugen-Richter-Straße 44, los. Inhaltlich werden vor allem städtischer Haushalt, die Bundestagswahl und das Haushaltssicherungskonzept eine Rolle spielen. Außerdem wird ein Stadtvorstandsmitglied (gemischte Liste) nachgewählt. Bewerbungen im Vorfeld sind sehr erwünscht, meldet Euch einfach bei Renate Herrmann.

Sprachrohr sein!

Viele Mitglieder der LINKEN engagieren sich in ihrem Stadt- oder Gemeinderat. Schritt für Schritt und mit Unterstützung der Genossen und Genossinnen haben sie sich das notwendige Know-How angeeignet. DIE LINKE unterstützt sie dabei sich zu vernetzen und weiterzubilden. Alle sollen befähigt werden, vor Ort mitzugestalten und ein Sprachrohr für die Bürgerinnen und Bürger zu werden. Haben auch Sie Lust die Demokratie in Thüringen zu stärken?

<http://www.die-linke-thueringen.de/mitmachen>

Nur noch fünf Jahre bis zur BUGA

Vor fünf Jahren wurde der Durchführungsvertrag zur BUGA2021 unterzeichnet. Am Anfang stand eine Machbarkeitsstudie mit vielen Ideen, Zielsetzungen und Wünschen. Im Laufe der Zeit hat die BUGA 2021 konkrete Formen angenommen. Die ersten Baumaßnahmen auf der ega, wie zum Beispiel die Spiel- und Erlebniswelt »Gärtnerreich« und das Besucherzentrum oder der Abriss des alten Heizkraftwerkes in Erfurt-Gispersleben, sind erfolgt. Es wird deutlich, dass die BUGA immer näher rückt. Heute in fünf Jahren wird sich die Bundesgartenschau bereits dem Ende neigen. Dann wird es Zeit ein Resümee zu ziehen, welche der ursprünglichen Ideen umgesetzt werden konnte. Der Petersberg als Herzstück der Bundesgartenschau und im Zentrum von Erfurt stellt größte Anforderungen an die Planerinnen und Planer. Das Konzept der Parität gemeinsam mit der Landesmedienanstalt die Defensionskaserne herzurichten gehört der Vergangenheit an. Gegenwärtig wird intensiv an der Zusammenlegung verschiedener Museumsstandorte zu einem Landesmuseum

Foto: Tina Fuhrmann



Blick auf die ega. Ein Kernelement der BUGA 2021.

gearbeitet. Fakt ist, dass die Defensionskaserne zur Bundesgartenschau nur in einem begrenzten Umfang den Besuchern zugänglich sein wird. Die Sanierung der Peterskirche, eine Seilbahn zwischen ega und Petersberg oder das Wegeaufstiegssystem vom Domplatz sind Projekte die das Erscheinungsbild des Petersberg entscheidend verändern werden. Der egapark als traditionsreiches Ausstellungsareal wandelt sich bereits jetzt. Neben dem

bereits fertiggestellten Spielplatz und Eingangsbereich wird das geplante Klimazonenhaus DANAKIL, als neues Highlight der Erfurter Gartenausstellung, die Attraktivität maßgeblich erhöhen.

Die nördliche Geraue ist die grüne Verbindung zwischen der Innenstadt und dem Außenbereich der BUGA. Sie wird die Attraktivität des Wohnumfeldes von rund 50.000 Erfurterinnen und Erfurtern deutlich aufwerten. Bereits jetzt wurden große

Einen Artikel mit Positionen der Erfurter LINKEN zur BUGA finden sie hier:

<http://gleft.de/1sw>



Bereiche dieses BUGA-Areas verändert. Sie geben einen guten Ausblick darauf, was es bedeutet Ausrichter einer Bundesgartenschau zu sein.

Michael Seeber

Antrag gegen CETA abgelehnt

Am 21. September lehnte der Bundestag in der Debatte um das Freihandelsabkommen CETA einen Antrag der Linksfraktion ab. Die Bundesregierung sollte beauftragt werden, auf EU-Ebene gegen das Abkommen mit Kanada zu stimmen. Es besteht die Gefahr, dass hinter dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger weitreichende Entscheidungen getroffen werden, ohne jemals öffentlich besprochen worden zu sein.

Arbeit im Erfurter Stadtvorstand

Im Stadtvorstand beschäftigen wir uns gerade mit der Vorbereitung der nächsten GMV, hierzu bildete sich eine AG. Städtischer Haushalt und Haushaltssicherungskonzept wurde im Stadtvorstand mit Matthias Bärwolff ausführlich beraten. In einer Stadtvorstandssitzung am 14. September 2016 wurden die Bundestagsdirektkandidaturen besprochen und Strategien zur Bildung des Wahlbüros evaluiert.



DAS GLÄSERNE RATHAUS

Stadtratsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Erfurter Stadtrat

Kleines Wörterbuch Kommunalpolitik

Haushalts-sicherungskonzept

kurz: HSK; auch: Haushaltskonsolidierungskonzept; gemäß § 53a Abs. 1 ThürKO sind Kommunen verpflichtet ein HSK aufzustellen, wenn sie nicht in der Lage sind, die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit zu sichern und zu erhalten; das HSK soll darstellen, wie Haushaltsdefizite abgebaut bzw. zukünftig vermieden werden sollen und in welchem Zeitraum (i.d.R. im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung); laut ThürKo sind unter Bedingungen des HSK grundsätzlich Ausgaben zu vermeiden, die nicht unmittelbar der Durchführung kommunaler Pflichtaufgaben dienen.

Mittelfristige Finanzplanung

kamerale Planungsrechnung; Teil des Haushaltsplans, der die voraussichtl. anfallenden Ausgaben sowie Einnahmen darstellt; bezieht sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren; erstes Jahr der m. F. ist das vorangegangene Haushaltsjahr, erstes Planungsjahr das aktuelle Haushaltsjahr, darauf folgen drei weitere Konsolidierungsjahre.

Impressum

»Das Gläserne Rathaus« erscheint auf den Seiten 4 und 5 im »Anstoß«

Herausgeber:
DIE LINKE im Erfurter Stadtrat
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Telefon: 0361 / 655 20 50
Fax: 0361 / 655 20 51
die-linke-fraktion@erfurt.de
www.linksfraktion-erfurt.de

V.i.S.d.P.: Matthias Bärwolff

Der Pressesprecher der Ahmadiyyage-meinde, Suleman Malik, gemeinsam mit dem Thüringer Kulturminister Prof. Benjamin Hoff (rechts) vor der Moschee der Islamgemeinde in Berlin-Heinersdorf.



Foto: Ahmadiyyagemeinde Berlin

In Marbach soll eine Moschee gebaut werden

Moderate Stimmen zitierten sofort das Grundgesetz. Artikel 3: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.« Oder Artikel 4: »Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.« Denn das sind unsere Werte und die Grundlagen unseres Miteinanders. Dennoch waren Fragen, Sorgen, Ängste und Befürchtungen von Bürgerinnen und Bürgern ebenso schnell im gesellschaftlichen Diskurs, vereinfacht zusammengefasst in der Fragestellung: »Wir sind keine Nazis, aber warum wird bei uns die Moschee gebaut?«

In dieser emotional aufgeheizten Situation ist es wichtig, nicht nur mit Sachargumenten wie Grundgesetz, Bauordnung, Religionsfreiheit oder historische Verantwortung aufzuklären, sondern deutlich die Notwendigkeit von Humanität und die Chance von kultureller Vielfalt und Weiterentwicklung aufzuzeigen. Natürlich wird dieser Prozess kein einfacher und problemloser sein. Abgrenzung und Ignorieren von menschlichem Leid, Not, Vertreibung oder gar Todesangst von Flüchtlingen ist der falsche Weg. Für ebenso wichtig halte ich die seit Jahrzehnten gemachten positiven Erfahrungen mit Integration von Menschen anderer Länder und anderer Kulturen. Bereits seit rund 260 Jahren existieren muslimische Religionsgemeinschaften in Deutschland und bereits vor

über 100 Jahren wurde die erste Moschee in Berlin errichtet. Heute leben über 4 Millionen Muslime in Deutschland, womit der Islam die drittgrößte Religionsgemeinschaft darstellt. Fazit: der Islam ist keineswegs »kulturfremd« oder »fremdartig«, sondern seit langem ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Ich hatte die Gelegenheit, die Marbacher Bürgermeisterin Katrin Böhlke bei einem Besuch der Ahmadiyya-Gemeinde in Berlin Heinersdorf zu begleiten. Als hier vor zehn Jahren die Baupläne bekannt wurden, gab es ähnliche Ängste und Proteste in der Bevölkerung. Letztlich hat sich nicht ein einziger der vorgebrachten Einwände und Befürchtungen wie Zuzug von Muslimen, Ausbildungsstätte des Islamismus und Terrorismus, Beeinträchtigung und Rückgang der Grund-

stückswerte bestätigt. Heute leben die Gemeindemitglieder und die Heinersdorferinnen und Heinersdorfer friedlich miteinander. Die evangelische und katholische Kirche Erfurts haben sich auch für den geplanten Moscheebau ausgesprochen. Bischof Neymeyr verwies darauf, dass derjenige, der in anderen Ländern Religionsfreiheit fordert, sie den religiösen Minderheiten im eigenen Land nicht vorenthalten dürfe. Letztlich ist der Aussage von Bodo Ramelow nichts hinzuzufügen: »Die Pläne für den Bau einer Moschee in Erfurt werden eine Bereicherung des kulturellen Lebens der Stadt sein.« André Blechschmidt, DIE LINKE. Fraktion im Erfurter Stadtrat

Redaktionell gekürzt. Den ganzen Artikel finden sie hier: www.blechschmidt-andre.de

Den Gestaltungsanspruch nicht aufgegeben

Eigentlich soll der Haushaltsplan vor Beginn des neuen Jahres vorliegen. Davon ist Erfurt weit entfernt. Erst im Juli ist es der Stadtverwaltung gelungen, dem Stadtrat den Entwurf für einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Trotz steigender Einnahmen wird es immer schwieriger die noch rascher steigenden laufenden Ausgaben abzudecken; von den eigentlich notwendigen Investitionen in die

Infrastruktur ganz zu schweigen. Doch auch wenn die Spielräume immer enger werden, hat DIE LINKE. im Stadtrat Erfurt ihren Gestaltungsanspruch nicht aufgegeben. Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern hatten wir eine Reihe von Änderungs- und Haushaltsbegleitanträgen in die Haushaltsberatungen eingebracht. Grundgedanke dabei war, dass es nicht ausreicht,

einen irgendwie ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Der städtische Haushalt muss auch die Grundlage bieten, dass soziale und kulturelle Leben in der Stadt aufrecht zu erhalten. Neben zusätzlichen Mitteln für Kultur und soziale Einrichtungen haben wir darum auch die Mittel für die Ortsteile wieder auf den Ansatz des Vorjahres erhöht. Auch in Zeiten knapper kommunaler Finanzen wollen und

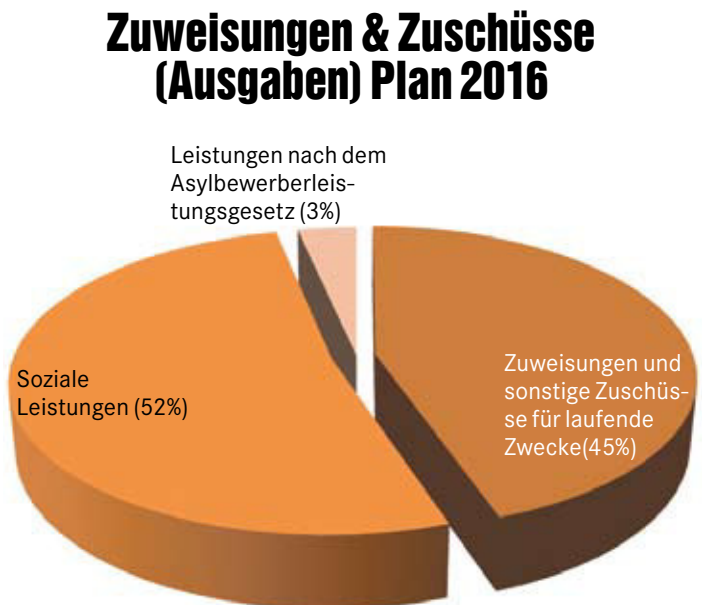
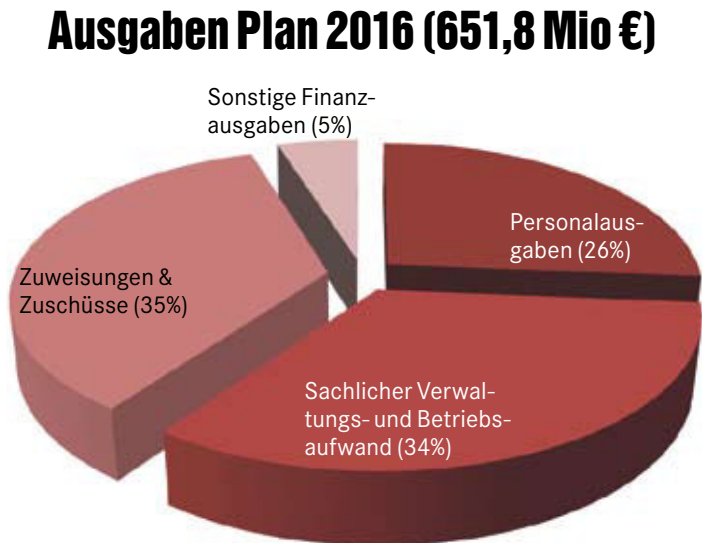
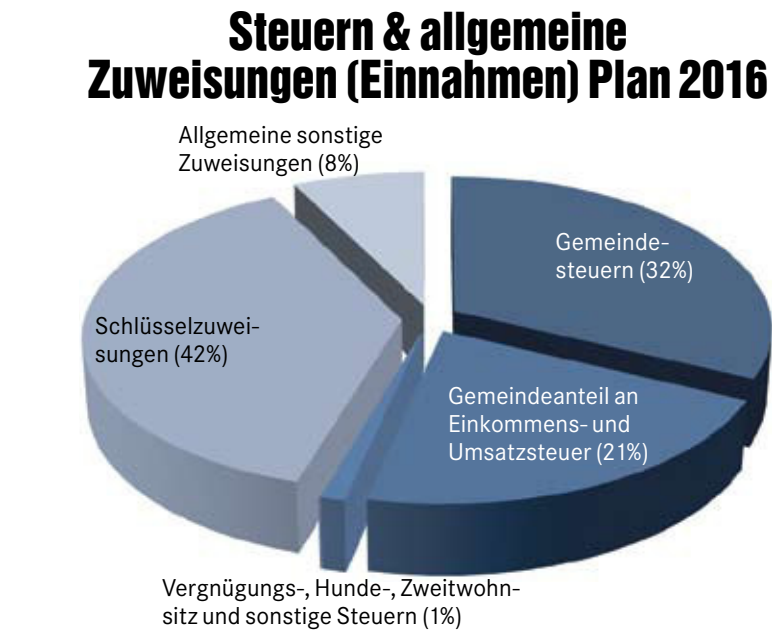
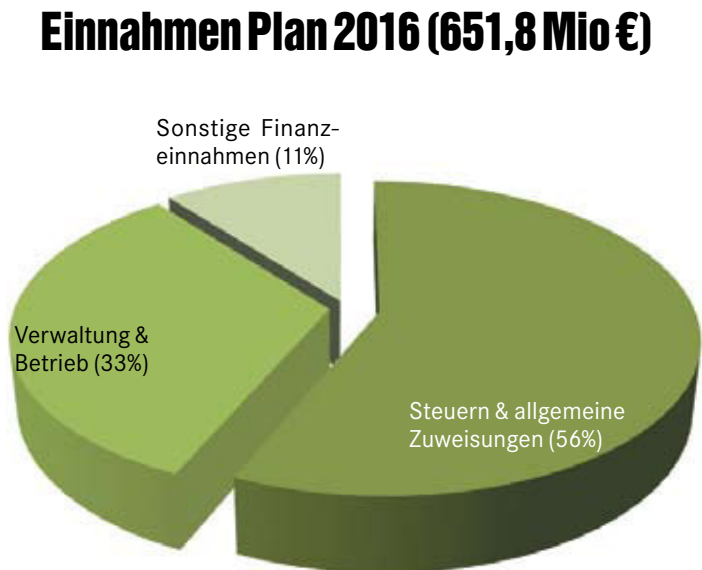
müssen wir den Haushalt so gestalten, dass er den Zusammenhalt in der Stadt gewährleistet. Dieser Herausforderung werden wir uns auch bei der Aufstellung des nun gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltssicherungskonzeptes und des Haushaltes für das Jahr 2017 stellen.

Ausgewählte, von Rot-Rot-Grün eingebrachte, Veränderungen im Haushalt, mit denen

zusätzliche Mittel für Erfurter Einrichtungen bereitgestellt wurden:

- + 500 Euro für den Seniorenbeirat
- + 73.000 Euro für die Ortsteile
- + 47.000 Euro für Kulturvereine
- + 16.400 Euro für Seniorenklubs
- + 33.000 Euro für Einrichtungen der Familienförderung
- + 12.700 Euro für das Stadtteilzentrum Herrenberg

hm



Kultur ist uns viel wert

Im Moment wird in Erfurt im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes und des Beschlusses zum Haushalt für das Jahr 2016 über Einsparungen im Kulturbereich gesprochen. Um die Debatte zu versachlichen wollen wir auflisten, mit welchen Summen die Stadt Erfurt im Moment ausgewählte Kultureinrichtungen beziehungsweise Kulturleistungen bezuschusst.

Theater Erfurt	11.000.000 Euro
Stadt- und Regionalbibliothek	4.000.000 Euro
Thüringer Zoopark	3.200.000 Euro
Soziokultur	2.000.000 Euro
Musikschule	1.500.000 Euro
Angermuseum	1.100.000 Euro
Stadtmuseum	922.000 Euro
Restaurierungswerkstätten	637.000 Euro
Volkskundemuseum	636.000 Euro
Denkmalpflege	615.000 Euro
Naturkundemuseum	615.000 Euro
Volkshochschule	500.000 Euro
Schülerakademie/Malschule	359.000 Euro
Kunsthalle	218.000 Euro
Theater Waidspeicher e.V.	175.000 Euro
Jugendtheater »Schotte e.V.«	160.000 Euro
Schloß Molsdorf	160.000 Euro
Künstlerwerkstätten	137.000 Euro
Forum Konkrete Kunst	120.000 Euro
Kulturhof Krönbacken	66.000 Euro
Benary-Speicher	38.000 Euro

Die Summen sind die Differenz aus den Einnahmen der einzelnen Einrichtung und deren Ausgaben, die aus der Stadtkasse beglichen werden.

Kulturraum-initiative Erfurt

Die seit nun fast zwei Jahren aktive Kulturrauminitiative geht nach dem ersten Kulturcamp und der aktiven Organisation des Kulturprotestes vom 25. Mai 2016 in die nächste Offensive. Gerade unter den aktuellen Bedingungen der Kürzungen im breitenkulturellen Sektor, scheint die neue Veranstaltungsreihe »Wir machen Stadt!« wichtiger denn je. Informationen zur Initiative und zu geplanten Veranstaltungen gibt es auch im Jugendbüro RedRoXX.

Diskussion der Jugendverbände von r2g

Am 1. Juni 2016 fand im Jugendbüro RedRoXX die erste gemeinsame Diskussionsveranstaltung der Rot-Rot-Grünen Jugendverbände statt. Nach bald zwei Jahren Regierung war es auch für den Nachwuchs Zeit zu resümieren und über gemeinsame Projekte für ein soziales Thüringen zu diskutieren. Neben dem Azubiticket standen auch Ausbildungsbedingungen uvm. auf der Tagesordnung.

Nachsehen auf Youtube:

<http://gleift.de/1sy>



Foto: Roman Diller

Christian Schaft

neubau. Um genau zu sein, um einen Kuppelbau in der Größe eines Zweifamilienhauses mit einem Zierminarett von ca. 11

Moscheebau zu sprechen und damit die Menge weiter aufzuwählen. Personen, die auf die im Grundgesetz verankerte

nen unterschiedlich behandeln, wenn sie sich auf ihr Recht, die Religionsfreiheit, berufen. Sie ist wie viele andere Grundrech-

Eine Moschee in Erfurt? Ja und?

Sonntagnachmittag, bei bestem Wetter pilgern hunderte Menschen zur Turnhalle in Marbach. Es ist kein sportliches Ereignis, das die Menschen dort hinzieht. Es ist eine Informationsveranstaltung der Ahmadiyyagemeinde, die auf Grund eines Bauvorhabens den Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohner sucht. Es geht um einen geplanten Moschee-

Metern Höhe. Und das nicht etwa in der Mitte des Dorfes, sondern in einem Gewerbegebiet am Rande der B4. Während die Ahmadiyyagemeinde die Diskussion sucht und Bedenken ausräumen will, scheinen viele Bürgerinnen und Bürgern nur gekommen zu sein, um die Veranstaltung zu stören oder mit Halbwahrheiten über »den Islam« gegen den

te ein verbrieftes Abwehrrecht. Nicht gegenüber einzelnen Religionsgruppen, sondern gegenüber dem Staat. Der Staat darf Menschen weder zu einer religiösen oder weltanschaulichen Handlung verpflichten, noch darf er die Ausübung einschränken. Dieses Recht gilt es anzuerkennen. Auch und gerade, um Minderheiten zu schützen. Wenn der Pressesprecher der Ahmadiyya-Gemeinde in einem Interview sagt »Angriffe hatten wir sowieso schon erwartet«, zeigt das deutlich, dass hier etwas schief läuft, wenn Menschen auf Grund ihres Glaubens und dem Wunsch nach einem Gebetshaus, wie es evangelische oder katholische Gläubige in Erfurt auch haben, von Beginn an Angst haben müssen, sei es vor verbalen oder vor körperlichen Übergriffen. Konträr hierzu stellte eine Schülerin aus Marbach die Frage: »Warum muss die Moschee eigentlich in einem Gewerbegebiet stehen. Haben wir nicht schönere Orte in der Stadt?« Es gilt weiterhin den Dialog zu suchen, um Unwissenheit zu beseitigen und Missverständnisse auszuräumen. Kritik an bestimmten wertkonservativen Vorstellungen der Gemeinde kann und muss geübt werden. Aber nur, wenn diese auf Augenhöhe und im gemeinsamen Gespräch mit der Gemeinde stattfindet. Christian Schaft, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Feste feiern – für Gemeinschaft und Solidarität

Viel wird derzeit über die Gemütslage der Menschen diskutiert. Begriffe wie Wutbürger, Gutmenschen oder Moralisten und Individualisierung machen die Runde. Es gibt aber eine Konstante, die viel über das Miteinander der Menschen aussagt: ehrenamtlich organisierte Feiern und Veranstaltungen, die einen räumlich klar umrissenen Personenkreis ansprechen. Sei es ein Stadtteilstoff, eine Kirmes, eine Kirchweih oder auch nur eine Nachbarschaftsfeier im Wohngebiet, eines haben alle diese Treffen gemeinsam: sie werden von engagierten Menschen für ihre Mitmenschen organisiert. Und sehr oft sind es die Bewohnerinnen und Bewohner der Viertel selbst, die das Programm gestalten: Kindergärten und Schulen beteiligen sich, Nutzerinnen und Nutzer sozialer Einrichtungen entwickeln in diesem Umfeld ihre Ideen und bringen sie auf die Bühne. Das alles zusammen sorgt für eine einzigartige Mischung, die viel über das soziale Miteinander aussagt: die Feiern und Feste sind somit gelebte Gemeinschaft, sie zeichnen sich durch aktive Solidarität aus. Deshalb von dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an all die unermüdeten Ehrenamtlichen, ob als Einzelperson oder in den verschiedenen Initiativen, Vereinen



Foto: pl.kaga

Auf dem Wiesenhügelfest 2016: Kinder stricken für einen bunten Stadtteil.

und Verbänden, die Jahr für Jahr diese unvergleichliche Vielfalt auf die Beine stellen: Kammwegfest (Herrenberg), Brunnenfest (Melchendorf), Daberstedter Herbst, Urbicher Kirmes, Wiesenhügelfest – die Aufzählung kann nur unvollständig sein. Wer diese Feste regelmäßig besucht, wird auch eine Veränderung im Miteinander der Kulturen beobachten: die Mutter mit Kopftuch sitzt an der gleichen Bierzeltgarnitur wie die Allein-

erziehende oder die Familie mit Großeltern. Denn der gemeinsame Auftritt der Kinder verbindet – und alle wollen einen kleinen Erinnerungsfilm vom Nachwuchs machen. Wenn jetzt noch die Rahmenbedingungen aktiv gestaltet werden, gibt es auch hier keine Barrieren mehr. Alkoholisches ist nun mal nicht für jeden das Getränk der Wahl und Bratwurst und Brätel kommen auch bei Einheimischen nicht mehr auto-

matisch auf den Teller. Und wer genau hinschaut stellt vielleicht überrascht fest: die Getränke und Speisernalternativen werden von den »Einheimischen« genauso nachgefragt wie von den neu Hinzugekommenen. Und es wird nicht mehr lange dauern, dann wird es auch in den Organisationsteams so bunt zugehen, wie heute schon auf den Plätzen und Bühnen der Stadt. André Blechschmidt, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Mit Hilfe des Vereins »Alternative 54« (siehe auch letzte Seite) konnten wieder einige soziale Projekte in Erfurt unterstützt werden. Unter anderem die Klassenfahrt einer inklusiven Klasse der Montessori-Schule, das Drachenfest des Jugendhauses Wiesenhügel und das Flüchtlingsprojekt »Spirit of Mitmenschlichkeit« des Vereins »Spirit of Football«. Mehr dazu im Internet unter: www.blechschmidt-andre.de

Wechsel im Wahlkreisbüro

Mein langjähriger Mitarbeiter, Dr. Reinhard Duddek, ist in den wohlverdienten Ruhestand gegangen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ihm auch an dieser Stelle für seine Arbeit zu danken und ihm weiterhin viel Erfolg für sein politisches Ehrenamt wünschen. Neu im Büro, aber nicht in Erfurt, ist Matthias Plhak. Der ehemalige Gewerkschaftssekretär hat bereits viel Erfahrung in den Büros von zwei Bundestagsabgeordneten gesammelt, zuletzt war er Koordinator für die Projekte der BUGA 2021 bei den Stadtwerken. Er ist 52 Jahre alt, verheiratet und hat drei Söhne. André Blechschmidt

Schecks übergeben

»Der liebe Gott sucht den Platz für eine Moschee aus«

Anstoß: Herr Malik, die Ahmadiyyagemeinde möchte in Marbach eine Moschee errichten. Warum?

Malik: Es ist für jede Religionsgemeinschaft wichtig, einen Ort der Begegnung zu haben, einen Ort, wo die gläubigen Menschen ihre Gebete verrichten können. Die Ahmadiyyagemeinde ist eine islamische Reformgemeinde, die seit 1990 in Erfurt existiert und stetig wächst. Deshalb haben wir uns entschieden, eine Moschee mit Kuppel und Minarett zu bauen, wo wir unsere Gebete würdevoll erbringen können. Gleichzeitig ist es eine Begegnungsstätte, wo alle interessierten Menschen zum Gespräch willkommen sind.

Warum soll der Bau gerade in Marbach erfolgen?

Wir sagen immer: Der liebe Gott weiß, wo die Moschee stehen wird. Das ist eher eine Gegebenheit als eine Wahl. Ich

habe sieben Jahre nach einem geeigneten Ort gesucht und bin in Marbach fündig geworden, hier passten einfach die baulrechtlichen Gegebenheiten.

Sie sind sehr frühzeitig an die Öffentlichkeit gegangen, weit vor dem eigentlichen Bauantrag. Lässt so viel Transparenz nicht viel Zeit für Widerstand?

Es macht keinen Unterschied, Angriffe hatten wir sowieso zu erwarten. Wir nutzen die Zeit, um für Verständnis zu werben, mit den Bürgern, anderen Religionsgemeinschaften und der Politik ins Gespräch zu kommen. Alle Bürger sind eingeladen, sich mit ihren Fragen an uns zu wenden.

Haben Sie die Reaktionen auf den angekündigten Moscheebau überrascht?

Wir haben mit Gegenwind gerechnet und an anderen Orten

teils auch schon schlimmere Erfahrungen gemacht. Beim Bürgerdialog war es laut, einige Menschen waren sehr unfreundlich und haben teilweise gegen unsere Religion gehetzt, aber wir konnten die gestellten Fragen beantworten und den Dialog in Gang setzen.

Wie sind ihre Gemeindeangehörigen in der Gesellschaft verankert?

Unsere Mitglieder sind in vielen Bereichen engagiert. Unsere Gemeinde ist Partnerin von vielen Vereinen, Verbänden und Bündnissen. Wir sind auch stark in der Flüchtlingshilfe präsent. Unsere Mitglieder leben ihren Alltag, studieren, gehen arbeiten oder sind selbstständig.

Kritiker beklagen die Unterdrückung der Frauen im Islam. Wie schauen Sie auf Gleichstellung oder zum Bei-

spiel gemeinsamen Schwimmunterricht?

Männer und Frauen sind bei uns gleichwertig. Bei Ahmadiyya gibt es eine eigene Frauenorganisation, unsere weiblichen Mitglieder arbeiten als Lehrerinnen, Architektinnen, in ganz unterschiedlichen Berufen. Aber: wir sind liberal und wertkonservativ zugleich. Das bedeutet zum Beispiel in vielen Fällen die Trennung der Geschlechter in der Öffentlichkeit. Dann sind die Lebenswelten getrennt, aber dennoch gleich. Dafür bekommen wir auch Kritik, es entspricht aber unseren Wertvorstellungen so zu leben. Beim Schwimmunterricht ist es so, dass dieser meist vor der Pubertät stattfindet und so spricht prinzipiell nichts gegen einen gemeinsamen Unterricht. Für Frauen ab einem gewissen Alter ist es meist gestattet, sich ihrem eigenen

Schamgefühl entsprechend zu verhalten. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass sie dann ein Schwimmkleid tragen. Es kann auch bedeuten, wenn es genug Frauen wollen, einen separaten Unterricht zu machen.

Um etwas zuzuspitzen: Wie würden Sie reagieren, wenn Ihre Tochter einen Nicht-Muslim heiraten möchte?

Meine Frau und ich erziehen unsere Kinder zu offenen Menschen, sie werden aufgeklärt und wenn das dann irgendwann ihre Entscheidung ist, dann gibt es da keinen Zwang. Natürlich könnte eine solche Entscheidung bedeuten, dass sie von der Gemeinde exkommuniziert wird, da dies im Widerspruch zu der Religion stehen würde. Sie müsste letztendlich für sich selbst entscheiden, welchen Lebensweg sie einschlagen möchte.

Ein anderes Argument von Islamgegnern ist, dass der Islam sehr stark auf Missionierung setzt und damit die christlichen Werte in Deutschland bedroht.

Im Koran heißt es: »Es gibt keinen Zwang im Glauben, lasse den gläubig sein, der will und den ungläubig sein, der will.« Glaubensfreiheit ist eine Sache zwischen Mensch und Gott, es gibt keine irdische Strafe für eine richtige oder falsche Religion. Tatsächlich beansprucht der Islam eine theologische Überlegenheit, auch darin gleicht er anderen religiösen Auffassungen. Was wir brauchen ist ein gutes Miteinander der verschiedenen Religionen.

Was bedeutet für Sie »Scharia«?

Meine Scharia sagt mir, dass ich loyal gegenüber dem Staat sein muss, unter dessen wohlbehütetem Dach ich lebe.

Dass ich die Gesetze des Landes und die Rechte der Menschen zu respektieren und meine Pflichten gegenüber Gott zu erfüllen habe. Meine Interpretation der Scharia findet sich im Grundgesetz sehr gut wieder. Religionsfreiheit, Erbrechte, Verbote von Diskriminierung wegen Herkunft oder Rasse – all dies lese ich auch immer wieder im Koran.

Welche Ideen haben Sie, um den Dialog fortzuführen?

Wir werden viele weitere Gesprächsangebote unterbreiten. Wir starten eine große Plakataktion mit Zitaten aus den Lehren unserer Gemeinde. Wir planen Vorträge, Gesprächsrunden und Islamaustellungen, dazu sind natürlich alle Erfurter herzlich eingeladen.

Was wünschen Sie sich in der näheren Zukunft für Ihre Gemeinde?



Foto: Peter Lahm

Suleman Malik, 33, ist Pressesprecher der 70-köpfigen Ahmadiyya-gemeinde in Thüringen. Der Vater von drei Kindern, der vor 17 Jahren aus Pakistan nach Erfurt kam und vor 13 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft annahm, stellt sich im Anstoß der Diskussion um den geplanten Moscheebau in Marbach.

Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft in Frieden leben und unseren Teil zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und re-

ligiöser Harmonie beisteuern können. Natürlich wünsche ich mir auch, dass wir bald eine Moschee haben, um un-

sere Gebete zu verrichten und unsere Mitmenschen einladen zu können, uns dort zu besuchen und kennenzulernen.



Kommentar zum Stadthaushalt

Sozialticket

Das Sozialticket ist vorerst bis Ende des Jahres gesichert. Es zeigt sich, dass sich der Kampf für das Ticket von mir, meiner Stadtratsfraktion und den Erfurterinnen und Erfurtern ausgezahlt hat. Ich werde mich auch im Jahr 2017 und den folgenden Jahren dafür stark machen, das Sozialticket zu erhalten. Ich ermuntere die Bürgerinnen und Bürger, es fleißig zu nutzen und im Kampf für den Erhalt nicht nachzulassen.

Seniorenbefragung

Die Seniorenbefragung mit dem Titel »Älter werden in Erfurt – Befragung Generation 55plus« war für das Frühjahr 2016 geplant. Es sollten 3.000 Seniorinnen und Senioren in Erfurt zu ihrer Lebenslage befragt werden. Ohne Haushalt fand sie nicht statt. Die Vorbereitungen dafür müssen aber schon vor Abschluss des Haushaltes beginnen, sonst wird ihre Durchführung auch 2017 unwahrscheinlich. Die Befragung ist der erste Schritt zur Erstellung des »Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt«. Dieser setzt sich mit der Lebenswirklichkeit der älteren Generation auseinander.

Schulsanierung und Schulneubau

Erfurt braucht dringend mehr Schulsanierungen und -neubauten. Acht Millionen Euro sind zu wenig und der Investitionsstau hat sich in den vergangenen 25 Jahren entwickelt und konnte nicht beseitigt werden. Die Orteile wachsen und Menschen leben gern dort, ihre Kinder brauchen Schulen vor Ort. Als Stadträtin werde ich mich weiter einsetzen, zum Beispiel für einen Schulneubau in Vieselbach, den Anbau in Hochheim, die anstehende Sanierung der Otto Lilienthal Schule, aber auch für die Schulsporthalle in Stotternheim.



Mit Ministerin Heike Werner zu Besuch bei sozialen Verbänden in Erfurt

Im Rahmen meiner Sommertour habe ich einen besonderen Tag mit unserer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner, verbracht. Wir haben in Erfurt zahlreiche soziale Einrichtungen besucht, darunter das FIT Projekt von MitMenschen e.V., das Haus Lebensbaum des CJD und den Kontakt in Krisen e.V. (KiKe.V.). Dabei kam es zu einer guten Mi-

schung aus Gesprächen mit den jeweiligen Leitungen, mit Betroffenen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Im Mittelpunkt stand der Austausch von Praxis und Politik. Im FIT Projekt zum Beispiel wurden gemeinsame Berührungspunkte von Stadt und Land gefunden, die Wiedereingliederung nach SGB II wird hier in verschiedenen Werkstätten ermöglicht. Im

Haus Lebensbaum wurde vor allem die Pflegepauschale kritisiert, da Individualität dadurch nicht gewährleistet werden kann und der pädagogische Anteil aufgrund des hohen Pflegeaufwandes oft kaum zu leisten ist. Im KiK e.V. wurde uns von Problemen im Berufsvorbereitenden Jahr für Geflüchtete berichtet. Mit dieser Thematik müssen wir uns demnächst beschäftigen.

Insbesondere wurde dargestellt, dass die Beratung und soziale Funktion von Sozialprojekten ganzheitlich sein muss, um die Menschen wirklich da abzuholen, wo sie sind. Ein konkretes Ergebnis der Sommertour ist beispielsweise der Runde Tisch gegen Energiearmut, der zum ersten Mal am 16. September tagte.

Die verschiedenen Träger waren beeindruckt, dass die Ministerin und ich so großes Interesse an den Erfolgen und Problemen ihrer Arbeit hatten. Sie bedankten sich, dass sie in ihrem Handeln ernst genommen werden.

Es ist immer wichtig, den Blick über den Tellerrand hinaus zu werfen und den Finger in die Wunde zu legen. Ich habe sehr begrüßt, dass Ministerin Werner die verschiedenen Projekte gemeinsam mit mir besucht hat. So konnten wir Anliegen und Probleme aus der Praxis besser verstehen und die Erkenntnisse auch direkt in unsere Arbeit einfließen lassen. Dies hilft, in unseren verschiedenen politischen Funktionen gemeinsame Wege zu finden, um etwas Dauerhaftes für die Menschen zu schaffen.

Karola Stange, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Geraaue entwickelt sich zum Naherholungsort

Auf die Einladung von mir und Matthias Bärwolff sind etwa 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Wanderung durch die nördliche Geraaue gekommen, um den Ausführungen von Marcel Glebe von der Thüringer Landesanstalt für Geologie und Umwelt (TLUG) und Stephan Zänker, Vertreter der Initiative Geraaue, aufmerksam zu folgen.

Treffpunkt war die Fußgängerbrücke an der Straße der Nationen, wo Marcel Glebe auch gleich die Strukturmaßnahme »Straße der Nationen« im nördlichen Rieth erläuterte. Hier wurde im Jahr 2011 ein Naherholungsrefugium geschaffen, das als Vorbild für andere Projekte in der Geraaue dient.

Insgesamt wurden bereits über 1000 Bäume an den Ufern der Gera gefällt. Dies führte anfänglich in der Öffentlichkeit zu Widerspruch. Die Arbeit der Bürgerinitiative Geraaue war mitentscheidend dafür, dass nun ein breites Verständnis für die Maßnahmen der Gewässer-sanierung vorhanden ist. Die Initiative hat sich das Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren und die Entwicklung der Geraaue mit eigenen Aktionen zu begleiten.

Am ehemaligen Heizkraftwerk in Gispersleben angekommen, eröffnete sich dem Auge der Teilnehmenden eine große Baustellenlandschaft. Ehemals floss hier die Gera

durch ein weiteres Wehr und in schnurgerader, eintöniger Ausrichtung, was wenig Schutz vor Hochwasser bot. Die TLUG hat hier in den letzten Monaten eine Flussschleife geschaffen. In dem mehr als drei Millionen Euro teuren Projekt wurden Hochwasserschutz, Naturschutz und die Schaffung eines Naherholungsraumes gleichermaßen realisiert. Darüber hinaus kann der Kilianipark in diese Fläche hineinwachsen und bietet künftig den mehr als 50.000 Anwohnerinnen und Anwohnern im Einzugsgebiet der nördlichen Geraaue eine Parklandschaft, die den Erfurter Norden deutlich aufwerten wird. Auf der Tour wurde deut-

lich was das genau heißt: Kinder breiteten ihre Decken aus und spielten am Fluss, sie lernen so schon jetzt die Natur zu würdigen und zu schützen. Anglerinnen und Angler nutzten stille Flächen um ungestört zu angeln.

Spätestens zur Bundesgartenschau 2021 wird die nördliche Geraaue als Bestandteil des wichtigsten Grünzugs im Erfurter Norden nicht nur für Touristinnen und Touristen ein besonderes Erlebnis sein, sondern auch für die Anwohnerinnen und Anwohner einen einzigartigen Anziehungspunkt darstellen.

Karola Stange, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



Hier wird der Erhalt eines 200 Jahre alten Baumes durch Abstützbaumaßnahmen im Uferbereich sichergestellt.

Gelungene Übernahme der Horterzieherinnen und Horterzieher in den Thüringer Landesdienst



Susanne Hennig-Wellsow

Schon in unserer letzten Ausgabe haben wir über Grundschulhorte in Thüringen und die kommenden Veränderungen geschrieben. Am 11. August hat die Schule in Thüringen wieder begonnen und damit die realpolitischen Veränderung der rot-rot-grünen Reform.

Bereits im Koalitionsvertrag einigten sich die Parteien darauf, dass frühkindliche Bildung politische Priorität haben wird. In

Deutschland und auch in Thüringen sind die Gewährleistung der gesellschaftlichen Teilhabe und die Förderung von Anfang an keine Selbstverständlichkeit. DIE LINKE sieht das anders. Unabhängig von Bildungsstand, Herkunft und Einkommen der Familien sollen Kinder ein bestmögliches Angebot bereitgestellt bekommen, damit sie und auch ihre Familien bestmöglich entlastet werden. Dazu zählt

auch die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie die Förderung der Kinder mit ihren individuellen Bedürfnissen.

Aus diesem Grund verschreibt sich DIE LINKE der Umsetzung einer bestmöglichen Schulbildung, eingeschlossen dem Konzept der Ganztagschulen.

Mit der Personalüberleitung der kommunalen Horterzieherinnen und Horterzieher in den Landesdienst ist damit ein wesentlicher Schritt getan worden. Durch die enge und kooperative Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften und dem Bildungs- und Finanzministerium haben am 1. August 1.091 Erzieherinnen und Erzieher damit begonnen, in den landeseigenen Horten zu arbeiten.

Damit ist nicht nur die Praxis der befristeten kommunalen Arbeitsverträge durchbrochen, sondern auch Entgeltgruppenreglung zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geregelt worden. Auch der Stellenumfang der Horterzieherinnen und -erzieher wurde beibehalten und der noch nicht genommene Jahresurlaub übertragen.

Aus gutem Grund können wir daher von einer erfolgreichen Übernahme der Horterzieherinnen und -erzieher in den Landesdienst sprechen. Alle Beteiligten, eingeschlossen die betroffenen Kinder und Familien sowie Lehrerinnen und Lehrer, profitieren von dem neuen System. In den Erfurter Schulen hat sich mit dem Schuljahresstart für die zu betreuenden Kinder kaum etwas verändert. Bestehende Projekte und Arbeitsgemeinschaften in den Horten werden weitergeführt.

Nun gilt es, Thüringer Grundschulen verstärkt zu Ganztagschulen weiterzuentwickeln und in sie zu investieren. Der Betreuungsschlüssel muss neu diskutiert werden, sodass letzte prekäre Beschäftigungsbedingungen zugunsten der Kinder und Angestellten der Vergangenheit angehören. Zudem hält DIE LINKE am Fachkräftegebot fest, denn die Qualität der frühkindlichen Bildung kann nur mit der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher sichergestellt werden.

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, Fraktion im Thüringer Landtag

Happy Birthday RedRoXX

Am 16. Dezember feiern wir unseren 12. Geburtstag. Wir feiern ein offenes Büro, dass durch unterschiedliche Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch vielen Praktikantinnen und Praktikanten geprägt wurde. Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht, viele Projekte durchgeführt, mit unseren Gästen diskutiert und mit ihnen gemeinsam das RedRoXX weiterentwickelt. Wir freuen uns, wenn auch ihr ab 20:00 Uhr dazu kommt.

New Space

Das offene Wahlkreis- und Jugendbüro RedRoXX hat sich erweitert. In der oberen Etage des Hauses laden wir Euch und Sie dazu ein in unserer kleinen Bibliothek zu lesen oder in unserem Workshopraum zu arbeiten. Alle linkspolitischen Gruppen und Einzelpersonen sind herzlich willkommen. Einfach in unserem Kalender im Büro eintragen und den neuen Kreativ- und Arbeitsraum nutzen.

»Rote Sofa« Gespräche

Das »Rote Sofa« erlebt seine Renaissance im Wahlkreisbüro von Susanne Hennig-Wellsow und Christian Schaff. Ab Oktober stellen sich Politikerinnen und Politiker der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag und Ministerinnen und Minister auf der RedRoXX Couch den Fragen zu ihrer Arbeit, ihrer Motivation und dem gesellschaftlichen Auftrag einer linken Regierung. Weitere Informationen gibt es unter: www.redroxx.de

Kita-Gebührenerhöhung nicht mit der LINKEN Stadtratsfraktion

Ich habe selbst ein Kind in einer Erfurter Kindertagesstätte. Deshalb und nach einem eigenen ganztägigen Praktikum in einer Kita weiß ich um die Unterschiedlichkeit der Kinder, die Bedingungen und den Herausforderungen in der frühkindlichen Bildung. Das stärkt meine politische Auffassung, dass frühkindliche Bildung das Beste ist, was Kindern »passieren« kann.

Die Verwaltung der Stadt Erfurt hat vorgeschlagen, die Gebühren für den Kitabesuch drastisch zu erhöhen. Die Fraktion der LINKEN im Erfurter Stadtrat hat sich sofort gegen die Erhöhung ausgesprochen. Damit folgt sie der Idee, das frühkindliche Bildung eine der höchsten politischen Prioritäten ist und vom Geldbeutel der Eltern unabhängig möglich sein muss. Die Idealvorstellung einer gebührenfreien Kita geht einher mit der Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten. Dazu zählt auch die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Inklusion der Kinder beginnt schon im sehr frühen Alter, Be-

treuerinnen und Betreuer müssen auf diese Herausforderungen bestens vorbereitet sein. Nicht nur Kinder, die die deutsche Sprache erlernen, sondern auch Kinder mit Behinderungen benötigen individuelle Betreuung, dies sollte längst Konsens in unseren Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sein. Auch darf die Gleichstellung männlicher Fachkräfte in unseren Kindergärten nicht vergessen werden. Es ist ein anspruchsvoller Beruf, der eine entsprechende Vergütung verlangt, daher treten wir überall für eine angemessene Bezahlung ein. Wenn Verwaltungen an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei kalkulieren, verändern sie das Leben derer, die davon be-



Autorin: Simone Nordheim

Gegen eine drastische Erhöhung der Kitagebühren in Erfurt

troffen sind, nie zu ihren Gunsten. Daher unterstütze ich die Bemühungen der Stadtratsfraktion, im engen Kontakt mit den Eltern zu stehen und mit ihnen gemeinsam für ihre Kinder die bestmögliche Betreuung zu erreichen.

Ein Einstieg in eine gebührenfreie frühkindliche Bildung ist das vom Land Thüringen ab 2018 anvisierte gebührenfreie Kitajahr.

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, Fraktion im Thüringer Landtag

Mitreden. Mitmischen. Mitgestalten.

Vieles hat die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen schon erreicht, aber dies wäre ohne ihre Mitglieder nicht denkbar gewesen. In Regional- und Basiskonferenzen oder auf Parteitage mischen sie sich in politische Prozesse ein. Vor Ort gestalten sie. Als Kommunalpolitikerinnen und -politiker oder als Ehrenamtliche in Vereinen und Initiativen. Wer Mitreden, Mitgestalten, Mitmischen will, ist also bei uns genau richtig.

<http://www.die-linke-thueringen.de/mitmachen>

Petitionen – bringen die was?



Ronald Hande im Petitionsausschuss.

Ja, Petitionen bringen was! Oft wird beim Thema Petition gesagt: »Man bekommt doch eh nicht genügend Unterschriften zusammen und falls doch, ändert sich trotzdem nichts.« Hier ist etwas Aufklärungsarbeit nötig, denn eine Petition unterscheidet sich von einem Volksbegehren oder gar Volksentscheid. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann eine Petition einreichen, also ein konkretes Ersuchen, das sich auf das Handeln oder Unterlassen von staatlichen Einrichtungen bezieht. Jede Petition wird im Petitionsausschuss des Thüringer Landtages behandelt, unabhängig davon, wie viele Mitzeichnungen sie hat. Die meisten Petitionen drehen sich ohnehin um private Anliegen, die nicht zur Veröffentlichung geeignet sind. So gab es unter den 1.361 abgeschlossenen Petitionsverfahren 2015 nur 45 öffentliche Petitionen.

Bei immerhin 177 der abgeschlossenen Petitionen konnte dem Anliegen ganz oder teilweise entsprochen werden. Beispielsweise ist die Bearbeitung von Anträgen zur Bewilligung von Umzugs- und Renovierungskosten durch das Jobcenter häufig Gegenstand von Petitionen. In einem Fall konnte so mit Hilfe des Petitionsausschusses einer jungen

Mutter ein zügiger Umzug in eine neue Wohnung ermöglicht werden. In einem anderen Fall ging es um die Kündigung von acht Kindergartenplätzen. Der Petitionsausschuss drängte hier auf eine Einigung bei der Kostenübernahme zwischen den betreffenden Gemeinden, woraufhin die Kündigungen rückgängig gemacht wurden. Wo dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte, wurde immerhin in 606 Fällen ausgiebig zur Sach- und Rechtslage Auskunft gegeben. Andere Petitionen wurden an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Der Petitionsausschuss verfügt zudem über einen Härtefonds zur finanziellen Unterstützung bei außergewöhnlichen Notfällen. Geprüft wird aber, ob bereits alle staatlichen Hilfsangebote ausgeschöpft wurden. Ein entsprechender Antrag kann auch hier etwas bringen.

Haben Sie Fragen zum Petitionsverfahren oder ein konkretes Anliegen, dann wenden Sie sich an Ronald Hande und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die nächste Petitionssprechstunde in der Johannesstraße 49 in Erfurt findet am 26. Oktober 2016 in der Zeit von 16 bis 18 Uhr statt. Um vorherige Anmeldung wird gebeten. *fn*

Es geht um die Deutungshoheit in der sozialen Frage

Für den Umgang mit der selbsternannten »Alternative für Deutschland« (AfD) braucht es eine gesellschaftliche Form der Auseinandersetzung, in der das Maß der Ablehnung öffentlich sichtbar wird. Mit diesen Worten wandte sich Martina Renner von der Bundestagsfraktion DIE LINKE an die Besucher der Podiumsdiskussion »Was tun gegen die AfD« in der Kleinen Synagoge in Erfurt. Als Beispiel nannte sie das bundesweite Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« aus verschiedenen Organisationen, Parteien und Verbänden. Ein »Ähnlichkeitswettbewerb mit der AfD« hilft nicht weiter, wenn Parteien AfD-Forderungen in eigene Positionen ummünzen wollen. Die seit dem vergangenen Jahr beschlossenen Asylpakete seien schon jetzt schlimmer als die Asylrechtsänderung 1993 als Reaktion auf den damaligen extrem rechten Terror gegen Flüchtlinge. Unterstützung erhielt sie auf dem Podium von dem Rechtsextremismusfor-

scher Alexander Häusler, der vor der Gefahr eines neuen rechten Machtblocks mit Hilfe der AfD als Koalitionär warnte. Häusler erklärte, noch prägten vor allem interne Machtkämpfe die AfD. Das Zeitfenster für eine mögliche Etablierung der Partei sei noch offen, schließe sich voraussichtlich aber zur Bundestagswahl im kommenden Jahr. Vor allem DIE LINKE stehe vor neuen Herausforderungen, weil die AfD als »Protestpartei der kleinen Leute« bei Arbeitern und Angestellten um Zustimmung buhle. Die Herausforderung betreffe nicht nur DIE LINKE, sondern alle demokratischen Parteien, widersprach Susanne Hennig-Wellsow als Fraktions- und Landesvorsitzende der LINKEN in Thüringen. Mit den Rechten müsse um Milieus gekämpft werden, indem der gesellschaftliche Zusammenhalt hochgehalten werde – dabei müsse DIE LINKE klarmachen, dass sie sowohl Teil von Bewegung als auch der Gesellschaft sei. Der Herausforderung zu be-

gegnen, bedeutet mehr, als nur den Protest gegen die AfD zu organisieren, waren sich Renner und Hennig-Wellsow einig. Angesichts des gesellschaftlichen

Rechtsrucks muss eine Antwort von links auch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als Ganzes im Blick haben. »Die Auseinandersetzung mit der

AfD ist deshalb immer auch ein Kampf um die Deutungshoheit in der sozialen Frage«, schloss Martina Renner. *kb*

Foto: Kai Budler



Während der Podiumsdiskussion »Was tun gegen die AfD«. Von links: Alexander Häusler, Martina Renner, Sebastian Wehrhahn und Moderatorin Susanne Hennig-Wellsow.

SummerLounge 2.0 – Aus Grün mach Rot



Trotz Regen entspannen die Gäste der Summerlounge.

Raus aus der Stadt, rein ins Grüne. Oder Rote? Auch wenn es spätestens mit Beginn der überragenden, aber eben auch mit Regen untermalten Perfor-

mance der Improtheatergruppe »A Dan«, nicht mehr so wirklich Sommer sein mochte, konnte zumindest der zweite Teil der Summerlounge eingehalten

werden. So nämlich das gemütliche und entspannte Beisammensein in der »Lounge« in Rot, zu der der Brühler Garten von der Linksjugend[solid] Thürin-

gen, der LINKEN Thüringen und Menschen aus dem RedRoxx Erfurt aufgewertet worden war. Neben der Theatereinlage gab es ordentlich Musik von unterschiedlichen DJs auf die Ohren, wodurch eine lockere Atmosphäre entstand, in der sich jeder und jede willkommen fühlen konnte. So verlegte auch »DIE PARTEI« kurzerhand ihren Landesparteitag in den Brühler Garten, wobei politische Diskussionen und sportliche Herausforderungen ineinander übergingen. Auch der Ministerpräsident Bodo Ramelow und die Fraktions- sowie Landesvorsitzende Susanne Henning-Welsow ließen es sich nicht nehmen, auf diesem politischen und kulturellen Festival vorbeizuschauen. Einige Jungpolitikerinnen und -politiker sowie Gäste nutzten diese Chance, mit den beiden ins Gespräch zu kommen. Da Unterhaltung, Debatte, Tanz und das ein oder an-

dere Getränk auf die Dauer bekanntlich Hunger aufkommen lassen, erfreuten sich viele an den internationalen Essensangeboten durch den Kulturverein Mesopotamien und den Hungaria Imbiss. Wer nach den leckeren Speisen etwas schwerfällig wurde, konnte sich im Shisha-Zelt zurücklehnen oder sich an den Infoständen in aller Ruhe Informationen besorgen oder Merchandise-Artikel ergattern. Beliebt war dabei auch das »Doofen-Werfen« am Stand der Linksjugend, bei dem man sich mit zielgenauem Werfen auf AFD-Spitzenpolitikerinnen und -politiker einen süßen roten oder grünen Nachttisch verdienen konnte. Sicherlich wird diese runde Veranstaltung im kommenden Jahr ein drittes Mal stattfinden, nur das Wetter kann dabei noch besser »verhandelt« werden.

Georg Buder und Johannes Hollenhorst



Mitglieder der linksjugend [solid]Thüringen und Organisatorinnen und Organisatoren der Summerlounge.

Vorschläge für bezahlbares Wohnen in Erfurt

Die Erfurterinnen und Erfurter brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Diese Aussage wird inzwischen kaum noch jemand bestreiten. Die Zahlen – über 210.000 Einwohnerinnen und Einwohner zum 31. Dezember 2015 und damit ein deutlicher Bevölkerungsanstieg um über 10.000 Personen seit 2008 – sprechen für sich. Dies war 2011, als die AG Wohnen der Partei DIE LINKE. Erfurt ihre Arbeit aufnahm, noch anders. Ausgehend von einer schrumpfenden Stadtbevölkerung hielten Stadtspitze und -verwaltung eine aktive kommunale Wohnungspolitik für überflüssig. Hinzu kam eine verfehlte Stadtentwicklungspolitik, die sich vor allem auf die Schaffung von Wohnraum im hochpreisigen Segment und die Attraktivität für private Investoren orientierte.

Spätestens die 2014 auf Initiative der LINKEN Stadtratsfraktion vorgelegte Wohnungsbedarfsprognose dokumentierte die angespannte Situation im Mietmarkt. Alleinstehende Rentner (37 Prozent), Alleinerziehende (31 Prozent) und jüngere Singlehaushalte (29 Prozent) lagen nach den Daten der Studie bereits 2013 mit ihrer Mietbelastung in einem Bereich, den Expertinnen und Experten als armutsgefährdend einschätzen. Außerdem fehlten große Wohnungen für Familien. Mit dem anhaltenden Zuzug und der folgenden Wohnraumknappheit haben sich diese Trends fortgesetzt. Auf ihrer Mitgliederversammlung am 3. Juni befasste sich DIE LINKE. Erfurt erneut intensiv mit der Wohnungspolitik. Diskutiert und beschlossen wurde ein Bündel von Maß-

nahmen, die Mieterinnen und Mieter entlasten sollen: Miliuschutzsätzen, Auflagen zu barrierearmen und sozialem Wohnraum im Baurecht für Investoren in der Stadt und Neubau durch die Kommunale Wohnungsgesellschaft (KOWO). Hier ist die Erfurter Stadtratsfraktion der LINKEN schon aktiv geworden. Denn mit der KOWO und ihren 14.000 Wohnungen verfügt die Stadt über ein sehr gutes Instrument zur Beeinflussung des lokalen Wohnungsmarktes. Für DIE LINKE ist die Zielrichtung klar: Der kommunale Wohnungsbau als Säule des Sozialstaates muss wiederbelebt werden. Neben höheren Einkommen müssen möglichst viele Menschen die Sicherheit vor galoppierenden Mietsteigerungen genießen können.

Volker Hinck



Foto: DIE LINKE. Erfurt

Der private Erfurter Mietmarkt boomt selbst dort, wo früher noch abgerissen wurde. Nach Jahren des Verfalls sanierte ein privater Investor zwei Punkthochhäuser im Rieth. Eröffnung war im März.

Linke Termine:

3. November, 18 Uhr**»Rote Sofa«****Auftaktveranstaltung**

Zum Auftakt der Reihe »Das Rote Sofa - Gespräche mit linken Politiker*innen« begrüßt das RedRoXX Sozialministerin Heike Werner. Im persönlichen Gespräch geht es um Motivation, Utopie und Realpolitik.

Ort: RedRoXX, Pilse 29

11. November, 18:00 Uhr
NSU aus (post-)migrantischer Sicht

Gespräch mit Ayşe Güleç und Massimo Perinelli warum beim NSU-Komplex, das Hauptmotiv Rassismus und die direkt schmerzhaft betroffenen Angehörigen nicht beachtet werden.

Ort: Radio F.R.E.I.,
 Gotthardstraße 21

Warum eigentlich nicht?
DIE LINKE.

<http://www.die-linke-thueringen.de/mitmachen>

DIE LINKE im Netz

www.die-linke-erfurt.de
www.linksfraktion-erfurt.de
www.karola-stange.de
www.blechschmidt-andre.de
www.bodo-ramelow.de
www.redroxx.de
www.susannehennig.de
www.unz.de
www.die-linke-thueringen.de

Einladung

Die nächste Versammlung unserer Basisgruppe

findet am

um Uhr statt.

Wir treffen uns in

Vorsitzende(r)

Die Alternative 54

Foto: Peter Lahn



Die Vereinsvorsitzende der Alternative 54 und Thüringer Landtagsabgeordnete, Diana Skibbe.

Seit der Vereinsgründung im Jahr 1995 bis zum 31. Juli 2016 wurden durch den Verein 3.026 Zuwendungen getätigt. Die Gesamtsumme der ausgereichten Spenden beläuft sich dabei auf 1.112.503,65 Euro.

Der Verein »Alternative 54 Erfurt e.V.« wurde vor 21 Jahren von Abgeordneten der damaligen PDS ins Leben gerufen. Grund dafür war die automatische Diätenerhöhung nach §54 der Landesverfassung für Abgeordnete des Thüringer Landtages. Seit Inkrafttreten des Absatzes 54 kämpft DIE LINKE dagegen an, allerdings war eine Verfassungsklage zunächst nicht erfolgreich. Anträge zur Abschaffung dieses Verfahrens fanden im Landtag leider nicht die nötige Mehrheit, da Abgeordnete anderer Parteien die Vorschläge ablehnten.

Zudem entsprechen die Erhöhungen der Diäten nicht den realen Einkommens- und Vermögensverhältnissen in Thüringen. Die automatischen Erhöhungen der Diäten wurde von der LINKEN Fraktion als falsch verstanden. Stattdessen wird dieses Geld an die Alternative 54 gespendet. Dieser spendet dieses dann an gemeinnützige Vereine und Verbände.

Satzungszweck ist noch heute die Unterstützung von gemeinnützigen und kulturellen Vereinen sowie Jugendprojekten. Diese soll möglichst unbürokratisch und relativ zügig für Projekte zugänglich sein.

Für alle Interessierten lohnt sich daher ein Blick auf die Homepage, auf der alle weiteren Details beschrieben sind. Das Anliegen eines Vereins kann formlos verfasst werden und entspricht es der Satzung, steht der Unterstützung durch die Fraktion DIE LINKE nichts mehr im Wege. Die Höchstfördersumme beträgt dabei 500 Euro. Zur Scheckübergabe besuchen die Abgeordneten die Vereine gerne selbst. Das gegenseitige Kennenlernen ist ein wichtiger Teil für eine Zusammenarbeit in der Zukunft. Gependet wurde schon für so gut wie alles: Vom ehrenamtlichen Sportverein bis hin zur Computerschule, von antifaschistischen Projekten bis hin zum medizinischen wie der »Rheuma-Liga« wurde gespendet. Seit der Vereinsgründung sind so bis zum 31. Juli 2016 insgesamt 1.112.503 Euro Spendengelder in gemeinnützige Projekte eingegangen.

Noch Fragen? Antworten finden sich auf der Homepage der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag (http://www.die-linke-thl.de/politik/alternative_54)

oder einfach per Mail unter alternative54@gmx.de. Wir freuen uns über viele Anträge und Besuche der Vereine.

Selbstverständlich kann der Verein mit Hilfe von außen noch mehr bewirken – wer also gerne Mitglied werden möchte, kann sich unter demselben

Kontakt melden. Die Abgeordnete Diana Skibbe freut sich über jede zusätzliche Unterstützung, denn für sie sind die Mitgliedschaft und der Verein eine Herzenssache, der sie seit ihrem Eintritt 2004 immer treu geblieben ist.

Jakob Blumenthal

Kürzlich geförderte Projekte:

Markt der Möglichkeiten (MdM)

Der erste MdM wurde veranstaltet von Initiativen und Organisationen die sich für Geflüchtete in Erfurt einsetzen und diese mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Erfurt zusammenbringen. Die Fraktions- und Parteivorsitzende Susanne Hennig-Wellsow war selbst vor Ort. Sie war begeistert von den mehr als 1000 Besucherinnen und Besuchern.

Fotoausstellung

Im Rahmen der Denkmalwoche findet in der Engelsburg die Fotoausstellung »Martin Luther - Stationen« statt. Interessierte können sie seit dem 11. September bewundern.

Christopher Street Day (CSD)

Das Straßenfest und die Demonstration des CSD wurde mit 300 Euro unterstützt. Unter dem Motto Erfurt stellt sich queer haben hunderte Begeisterte das Fest besucht.

AWO Erfurt

Die Tagesgruppe der AWO in der Sofioterstraße freut sich über 300 Euro, mit denen sie eine Ferienzeit finanziert haben. Die Kinder bedanken sich für tolle Ausflüge in dieser Zeit.

Sudoku

				9	5	7		
							4	
7		3			8			
2		4		3	1			9
5		1	9					
3		9	2				7	8
		2		4	6			3
	1	7					5	
		6				2		7

6	2		4		3			
1					6			
				8		9		
					5	3		1
4		1				7		6
2		7	6					
		5		1				
			9					5
			5		4		1	8

Ausfüllregel: In jeder Reihe, Spalte und Unterquadrat dürfen die Zahlen 1-9 je nur einmal vorkommen.

Impressum

DIE LINKE. Erfurt
 Eugen-Richter-Straße 44
 99085 Erfurt

Telefon: 0361 / 601 11 50
 Fax: 0361 / 601 11 51
redaktion@die-linke-erfurt.de
www.die-linke-erfurt.de

Redaktion: Michael Bicker (mb), Kai Budler (kb), Katja Maurer (km), Hassan Metwally (hm), Falko Neubert (fn), Simone Nordheim (sn), Matthias Plhak (mp)
 Layout: Benjamin König

V.i.S.d.P: Dr. Steffen Kachel (sk)